

Innere Sicherheit

Faktensammlung

CDU

Faktensammlung Innere Sicherheit

Die deutschen Sicherheitsbehörden sind gut aufgestellt, um Gefahren zu begegnen. Sie arbeiten mit ganzer Kraft dafür, dass die Menschen in unserem Land sicher leben können. Sie überwachen die islamistische Szene intensiv, bewerten aufmerksam die Entwicklung und tauschen sich dazu im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum aus. Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt. Und dennoch: Eine absolute Sicherheit wird es nicht geben können.

Was haben wir erreicht?

Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit. Es war die CDU, die in den vergangenen Jahren, insbesondere auch im letzten Jahr, die Möglichkeiten im Anti-Terror-Kampf verbessert hat – auch gegen erhebliche Widerstände. Zahlreiche Maßnahmen zeigen: Die CDU arbeitet für die Sicherheit der Menschen in unserem Land und steht fest an der Seite derjenigen, die Tag für Tag diese Sicherheit gewährleisten und verteidigen:

Mehr Polizisten und bessere Ausstattung

Die Sicherheitsbehörden des Bundes – Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz – haben wir konsequent gestärkt. Insgesamt werden wir dort in dieser Wahlperiode mehr als 4 600 neue Stellen schaffen. Hinzu kommen weitere 1 000 Stellen für die Bundespolizei im Jahr 2018, die bereits vereinbart sind. Darüber hinaus werden die Sicherheitsbehörden auch durch ein Sicherheitspaket mit Sachmitteln von insgesamt 630 Millionen Euro bis 2020 zusätzlich gestärkt.

Neue Anti-Terror-Einheit

Mit der neuen Anti-Terror-Einheit "BFE+" (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit plus) wird die Reaktions- und Durchhaltefähigkeit der Bundespolizei im Falle eines terroristischen Anschlags deutlich erhöht.

Besserer Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden

Weil wir nur durch vernetzteres Wissen die geheimen Netzwerke des internationalen Terrorismus bekämpfen können, haben wir das Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus auf den Weg gebracht.

Verbesserung des Schengen Informationssystems

Auch in Europa haben wir den Informationsaustausch verbessert. Gewaltbereiten Islamisten ohne deutsche Staatsangehörigkeit kann die Wiedereinreise nach Deutschland untersagt werden. Dies ist unter engen Voraussetzungen auch bei Bürgern der EU möglich. Durch eine konsequente Speicherung im Schengener Informationssystem und einen Austausch von Fahndungsdaten ist es gelungen, Reisebewegungen von sogenannten ausländischen Kämpfern besser zu erkennen und zu verhindern.

Europäisches Ein- und Ausreiseregister

Für den Kampf gegen den Terrorismus ist es notwendig, dass Zeitpunkt und Ort der Ein- und Ausreise von Drittstaatenangehörigen in den Schengen-Raum erfasst werden. Wir müssen in Europa wissen, wer zu uns kommt und wer uns wieder verlässt. Ein solches europäisches Ein- und Ausreiseregister wird es bald geben.

Europäisches Fluggastdatensystem

Wir haben ein Europäisches Fluggastdatensystem auf den Weg gebracht, mit dem in der EU künftig Flugpassagierdaten in nationalen IT-Systemen gesammelt, ausgewertet und untereinander ausgetauscht werden sollen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass dies schnellstmöglich in nationales Recht umgesetzt wird.

Strafe für Ausbildung in „Terrorcamps“

Die Unterstützer des islamistischen Terrorismus dürfen in Deutschland keinen Vorbereitungs- oder Rückzugsraum finden. Die CDU hat deshalb das Reisen ins Ausland in terroristischer Absicht unter Strafe gestellt. Danach kann bestraft werden, wer ausreisen will, um dort Terroranschläge zu begehen oder um sich in einem „Terrorcamp“ ausbilden zu lassen.

Strafbarkeit der Finanzierung des Terrors

Die CDU hat einen neuen Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung eingeführt; auch das Sammeln von Spenden ist jetzt strafbar. So wollen wir den Nährboden für Radikalisierung und terroristische Gewalt austrocknen und terroristischen Vereinigungen die finanziellen Grundlagen entziehen.

Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze

Die von der CDU durchgesetzte Verlängerung der Befugnisse zur Terrorismusbekämpfung ermöglicht es den deutschen Sicherheitsbehörden, auch in Zukunft effektiv gegen terroristische Bedrohungen vorzugehen.

Speicherfristen für Verbindungsdaten

Um neue Anhänger zu gewinnen, sind Terrororganisationen vor allem im Internet, auf Twitter, Facebook, Instagram oder anderen sozialen Netzwerken aktiv. Oft sind die bei der Internetnutzung anfallenden Verbindungsdaten die einzige Spur, die zu den Terrororganisationen führt. Der CDU ist es gelungen, Speicherfristen für Verbindungsdaten neu zu regeln (sogenannte Vorratsdatenspeicherung). Gespeichert werden dabei Daten von Telefonverbindungen (z. B. Rufnummern) oder vom Einloggen in das Internet (IP-Adressen).

Online-Durchsuchungen

Die CDU hat durchgesetzt, dass das Bundeskriminalamt zur Abwehr des internationalen Terrorismus bereits vorbeugend tätig werden kann. Um etwa Terrorplanungen im Internet zu verhindern, haben wir die Rechtsgrundlage für Online-Durchsuchungen geschaffen. Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden wir gesetzliche Anpassungen vornehmen.

Gemeinsame Terrorismusabwehrzentren und bessere Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden

Mit dem Zusammenwirken von Verfassungsschutz und Polizei im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) für den Bereich des Islamismus und im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) für andere Formen terroristischer Bedrohung haben wir die Schlagkraft der Sicherheitsbehörden schon vor Jahren entscheidend gestärkt. Die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden haben wir inzwischen weiter verbessert.

Europäisches Zentrum zur Terrorismusbekämpfung

Mit der Einrichtung des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung (ECTC) bei Europol ist ein weiterer wichtiger Schritt gelungen.

Nationales Cyber-Abwehrzentrum

Auch mit der Cybersicherheitsstrategie und dem nationalen Cyber-Abwehrzentrum haben wir die Möglichkeiten im Kampf gegen den Terrorismus weiter gestärkt.

Zentrale Antiterrordatei

Mit der zentralen Antiterrordatei haben wir ein effektives Frühwarnsystem geschaffen, das Informationen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder zur Vereitelung von Anschlägen und zur Bekämpfung von Terrorismus miteinander vernetzt.

Personalausweis entziehen

Kampfbereite Islamisten werden an der Ausreise in die Kampfgebiete des IS gehindert. Damit dies noch häufiger geschehen kann, hat es die CDU ermöglicht, ihnen nicht nur den Reisepass, sondern auch den Personalausweis zu entziehen. So können sie nicht mehr über Drittstaaten, die weder Pass noch Visum verlangen, ausreisen.

Prepaid-Handys nur nach Vorlage eines Ausweises

Derzeit ist es in Deutschland möglich, Prepaid-Mobilfunkkarten ohne eindeutigen Identitätsnachweis zu erwerben und in Betrieb zu nehmen. Dadurch lassen sich Kommunikationswege verschleiern, was die Arbeit der Ermittlungsbehörden erheblich erschwert. Eine Aktivierung von Prepaid-Mobilfunkkarten ohne Ausweisprüfung soll daher künftig nicht mehr möglich sein; auch dies haben wir auf den Weg gebracht.

Was haben wir vor?

Auch Deutschland steht im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Darauf müssen wir uns noch besser einstellen. Wachsamkeit ist geboten. Extremisten und Terroristen müssen mit der entschiedenen Wehrhaftigkeit unseres Staates rechnen. Dafür werden wir die Sicherheitsbehörden weiter stärken. Die Möglichkeiten des Anti-Terror-Kampfes werden wir dort weiterentwickeln, wo es Lücken gibt und unser Recht bisher nicht ausreicht, um gewaltbereite Islamisten zu stoppen:

Besserer europäischer Informationsaustausch

Auf europäischer Ebene müssen die erforderlichen Instrumente, Infrastrukturen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die nationalen Sicherheitsbehörden effizient zusammenarbeiten und auf gemeinsame Bedrohungen reagieren können. Wir benötigen einen besseren Daten- und Informationsaustausch sowie eine Vernetzung und Interoperabilität der europäischen Datenbanken (Schengener Informationssystem, Visa-Informationssystem, Europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken). Zudem ist ein umfassender Informationsaustausch zwischen den europäischen Nachrichtendiensten notwendig.

Besseres Frühwarnsystem

Neben den organisierten Terrorismus treten neue Formen der Bedrohung durch Einzeltäter, die den Sicherheitsbehörden nicht aufgefallen sind. Hierfür brauchen wir ein besseres Frühwarnsystem, das den Behörden ein frühes Tätigwerden ermöglicht, sobald es im Rahmen von Asylverfahren oder Integrationsmaßnahmen Hinweise auf eine Radikalisierung gibt.

Ausbau der polizeilichen Anti-Terror-Einheit

Die CDU setzt sich dafür ein, die deutschen Sicherheitsbehörden weiter personell zu stärken. Insbesondere wollen wir, dass die neue Anti-Terror-Einheit BFE+ der Bundespolizei weiter ausgebaut wird.

Präsenz der Bundespolizei und verstärkter Einsatz intelligenter Videotechnik

Die Präsenz der Bundespolizei muss zum Schutz von Flughäfen und Bahnhöfen sichtbar erhöht werden. Zudem wollen wir, dass an Gefahrenpunkten verstärkt intelligente Videokameras zum Einsatz kommen.

Bessere Schutzausstattung und Bewaffnung polizeilicher Kräfte

Die CDU setzt sich dafür ein, dass polizeiliche Einsatzkräfte bundesweit mit geeigneter Schutzausstattung (u. a. mit ballistischen Westen und Helmen sowie mit sondergeschützten Fahrzeugen) ausgerüstet werden. Zudem müssen die polizeilichen Einsatzkräfte geeignet bewaffnet sein.

Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein Bekenntnis und eine Treuepflicht: Staatsbürger und Staat stehen füreinander ein. Wer sich einer terroristischen Armee anschließt, kündigt dieses Treueverhältnis auf und dokumentiert seine Abkehr von unseren Werten. Die CDU tritt deshalb dafür ein, dass gewaltbereite Islamisten, die im Ausland für eine Terrormiliz kämpfen und neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren.

Bundeswehreinsatz im Innern

Angesichts der terroristischen Bedrohungen sollten Instrumente und Organe der inneren und äußeren Sicherheit besser miteinander verzahnt werden. Polizeiliche Einsatzkräfte können bei großflächigen Terrorlagen mit weit auseinanderliegenden Anschlagorten sehr rasch an die Grenzen ihrer Kapazitäten gelangen. In besonderen Gefährdungslagen, die durch Polizeieinheiten alleine nicht gemeistert werden können, sollte die Bundeswehr auch im Innern zum Einsatz kommen. Wir fordern deshalb ein Konzept, wie die Bundeswehr unter dem Kommando der Polizei in solchen Fällen eingesetzt werden kann. Dieses Konzept muss auch praktisch eingeübt werden.

Technische Fähigkeiten erweitern

Die Sicherheitsbehörden müssen technisch so aufgestellt sein, dass sie ihre Aufgaben in vollem Umfang erfüllen können. Gerade bei der Überwachung verschlüsselter Internet-Kommunikation müssen sie mit der technischen Entwicklung Schritt halten. Die CDU setzt sich daher für den raschen Aufbau der „Zentralen Stelle für Informationstechnik im

Sicherheitsbereich (Zitis)“ ein, um Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz dabei zu helfen, verschlüsselte Nachrichten zu dechiffrieren.

Erweiterte Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden

Die Nutzung von Verbindungsdaten, wie etwa Telefon-Rufnummern oder IP-Adressen, will die CDU in Zukunft auch den Verfassungsschutzbehörden ermöglichen. Auch sollen sie die Befugnis zur „Online-Durchsuchung“ zur Vorbeugung vor terroristischen Aktivitäten bekommen.

Strafe für das Werben für terroristische Vereinigungen

Sympathiebekundungen verbreiten sich über das Internet rasch und in großer Zahl. Sie sind der geistige Nährboden für Radikalisierung bis hin zu terroristischer Gewalt. Wir wollen die Sympathiewerbung für kriminelle oder terroristische Vereinigungen unter Strafe stellen.

Bestrafung als Mitglieder terroristischer Vereinigungen ausweiten

Die CDU will dafür sorgen, dass Mitglieder von Zellen, die Brand- und Sprengstoffanschläge verüben, künftig regelmäßig als Mitglieder terroristischer Vereinigungen eingestuft und entsprechend bestraft werden können.

Umfassende Überwachung von Rückkehrern

Wir wollen verhindern, dass Terroristen nach einer Teilnahme an Kampfhandlungen oder Anschlägen im Ausland zu uns nach Deutschland zurückkehren. Wenn sie dennoch zurückkommen, müssen sie so umfassend wie möglich überwacht werden. Hierfür sind viele Maßnahmen erforderlich, angefangen von Meldeauflagen über Kommunikationsüberwachung bis hin zur Observation.

Einziehung von sichergestellten Vermögenswerten erleichtern

In Verfahren, die wegen des Verdachts des Vorliegens einer Straftat wie der Terrorismusfinanzierung geführt werden, will die CDU die Einziehung von sichergestellten Vermögenswerten unklarer Herkunft ermöglichen, wenn das Gericht davon überzeugt ist, dass sie aus einer rechtswidrigen Tat herrühren. Ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren ist bereits eingeleitet.

Kampf gegen illegale Waffen verstärken

In der EU steht eine Verschärfung der Feuerwaffenrichtlinie zur besseren Kontrolle von Feuerwaffen an. Neben dieser Maßnahme braucht es einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Schwarzmarkts, insbesondere des „Dark Net“ (verschlüsseltes Internet für illegale Angebote), für den illegalen Waffen- und Sprengstoffhandel.

Rückführungsanstrengungen verstärken

Die CDU setzt sich dafür ein, die Anstrengungen zur Rückführung ausreisepflichtiger Asylbewerber zu verstärken. Dies gilt gerade mit Blick auf Afghanistan und dortige innerstaatliche Fluchialternativen, um auch hier Rückführungen zu ermöglichen. Dies gilt aber auch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Ländern Marokko, Tunesien und Algerien, die verbessert werden muss.

Was muss vorbeugend getan werden?

Mindestens ebenso wichtig ist es, bereits tätig zu werden, bevor sich jemand radikalisiert. Deshalb wollen wir die Prävention stärken – durch Aufklärung über religiösen Fanatismus, politische Bildung und die flächendeckende Einrichtung von Beratungsstellen zur Deradikalisierung:

Parallelstrukturen beseitigen

Das Entstehen von Parallelgesellschaften wollen wir verhindern, bestehende Parallelstrukturen beseitigen. Abschottungstendenzen führen allzu oft zu Radikalisierung und Extremismus und einer Abkehr von unserem Rechts- und Wertesystem.

Aggressive Anwerbeversuche verhindern

Die CDU will frühzeitig verhindern, dass Jugendliche und Heranwachsende durch Propaganda und Hassprediger radikalisiert werden und sich salafistischen und islamistischen Gruppen anschließen. Polizei und Ordnungsbehörden müssen alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um aggressive Anwerbeversuche im öffentlichen Raum, auch im Internet, zu verhindern.

Präventionsmaßnahmen und Hilfsangebote für Angehörige

Um ein Abdriften junger Menschen in radikale Strömungen zu verhindern, sind Präventionsmaßnahmen ebenso unabdingbar wie Hilfsangebote für Angehörige. Ein besonderes Augenmerk muss der Islamistszene in Gefängnissen gelten. Der Strafvollzug gilt als eines der größten Rekrutierungsfelder der Salafisten. Präventionsnetzwerke wollen wir intensiver unterstützen und ausbauen.

Forschungsvorhaben zum islamistischen Terror fortsetzen und erweitern

Die CDU setzt sich dafür ein, alle Forschungsvorhaben zum islamistischen Terror und zu den Hintergründen, wie Menschen radikalisiert werden, fortzusetzen und zu erweitern. Daraus müssen die entsprechenden Schlussfolgerungen für den präventiven Bereich gezogen werden.

Stand: 28. Juli 2016